

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilage: "Landmanns Sonntagblatt" und "Ausflüsteres Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile ober deren Raum 15 Pfg., die Spaltenzeile 40 Pfg., Auslandsgebühren 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbezahlung undentlich gezeichnet oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagegebühr: 10.— M. Das Ausland, ausgedehnter Polzeibüchelschluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 125

Donnerstag, den 22. Oktober 1931

33. Jahrg.

Brennholzversteigerung.

Montag, den 26. Oktober, vormittags 10 Uhr, sollen im Stadtfort **Niemitz** 217 rm tief. Kollholz (Durchforstung) versteigert werden. Sammelort: Waldhaus Niemitz Bedingungen im Termin.
Kemberg, den 20. Oktober 1931.
1871
Der Magistrat.

Gröner als Innenminister.

Die Aufgaben des Reichsinnenministers. Reichsminister Gröner äußerte sich über die wichtigsten Punkte, die er mit der Übernahme der Leitung des Reichsinnenministeriums des Innern verbindet. „Die Vereinfachung wichtiger staatlicher Machtmittel des Reiches in meiner Hand ist, so führte der Minister aus, heute mehr als zuvor eine Notwendigkeit, die wir zur Stärkung der Autorität des Staates und zur Erfüllung der schweren Aufgaben des Winters brauchen. Ebenso wie ich als Reichsinnenminister gegen jeden Versuch einer Polarisierung der Wehrmacht gekämpft habe, werde ich als Reichsinnenminister dafür sorgen, daß die personelle Verbindung mit einem Reform, das vornehmlich politische Aufgaben zu erfüllen hat, an der überparteilichen Linie der Reichswehr nichts verändert.“

Je härter die politischen Spannungen im Innern werden, je mehr die Spaltung des Volkes in zwei Lager betrieben wird, desto wichtiger wird die Aufgabe der Staatsführung, alle aufbauwilligen Kräfte zu positiver Mitarbeit heranzuziehen. Das gemeinsame Ziel erfordert aber, daß der Militär in der politischen Betätigung Straten gezogen werden, wenn sie auf den gewaltsamen Sturz der Verfassung und auf die Vernichtung unseres Staatswesens und anderer Zukunft im Volkswortum gerichtet ist. Das Ansehen des Deutschen Reiches erfordert, daß Terrorakte gegen politische Gegner und blutige Auseinandersetzungen von Volksgenossen untereinander unmöglich gemacht werden. Ich werde mich nicht scheuen, zur Erfüllung dieser Aufgabe im Notfall die drakonische Ausnahmebestimmungen von Herrn Reichspräsidenten zu erbitten.“

In diesem Geiste werde ich die zur Befähigung politischer Ausschreitungen erlassenen Verordnungen handhaben. Es wird meine Aufgabe sein, die gerechte Anwendung der Bestimmungen sicherzustellen. Es muß eine Ehrenpflicht der einzelnen politischen Gruppen werden, in ihren Reihen selbst Disziplin zu halten und Ausschreitungen zu verhindern. Dann kann sich die Polizei darauf beschränken, gegen Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten vorzugehen. Dafür werde ich allerdings mit meiner ganzen Kraft sorgen, daß, wenn die Staatsgewalt eingeleitet werden muß, sie auch in aller Härte durchgreift.“

Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit

Selbsthilfe-Siedlungen von Arbeitslosen.

Berlin, 21. Oktober.

Die Vorteile der Selbsthilfe-Siedlung liegen nach der Ansicht des Reichskuratoriums auf folgenden Gebieten: Durch Beschäftigung kann der teilsweisen Verdünnung und Demoralisation der Arbeitslosen entgegengewirkt werden.

Die Durchführung der Selbsthilfe-Siedlung auf Gartenland werde es unter Einfluß der Arbeitskraft des Arbeitlosen, seiner Familie, seiner Freunde ermöglichen, den Arbeitslosen aus den Erträgen des Gartenbogens und der Kleinwirtschaft neben allen sonstigen Maßnahmen erhebliche Naturalsubsidien für seine Lebenshaltung zuzuführen.

Da die Selbsthilfe-Siedlung in der gedachten Art als eine Nothilfe-Maßnahme und als eine vorläufige Maßnahme gedacht ist, dürfte diese Siedlung nicht zu einer Kapitalverflechtung großen Stils führen. Vielmehr müsse darauf gesehen werden, daß die Siedlungen nach der anzutretenden Wiederbeschäftigung der Siedler in den normalen Wirtschaftsprüfung den Arbeitern als Sommerhäuser und Sommergärten erhalten bleiben können.

Verlängerte Amnestie-Bezeichnungssfrist.

Steuerfreie Reichsbahn-Anleihe 1931.

Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft teilt mit: Durch die Verordnung des Reichspräsidenten über Verlängerung der Steueramnestie vom 17. Oktober 1931 (RGBl. I S. 581) ist die Amnestiefrist, die mit dem 15. Oktober 1931 abgelaufen war, bis zum 26. Oktober 1931 einschließlich verlängert worden.

Die Zeichnungen auf die steuerfreie Reichsbahnanleihe 1931 hatten sich in den letzten Tagen so außerordentlich gehäuft, daß sie nicht bewältigt werden konnten. Auch haben sich zahlreiche Steuerpflichtige die erforderlichen Unterlagen für die Berechnung des von ihnen zu zeichnenden Betrages an Reichsbahnanleihe nicht fristgemäß beschaffen können.

Sonach bestehen für amnestiebedürftige Zeichner die besonderen Vorteile der steuerfreien Reichsbahn-Anleihe noch bis zum 26. Oktober 1931 einschließlich fort. Das ist

Befreiung von der Selbstanzleihe, Befreiung von Steuernachzahlungen und Befreiung von Strafen. Wer also bis zum 26. Oktober 1931 einschließlich steuerfreie Reichsbahn-Anleihe zeichnet, schafft sich für etwaige Unstimmigkeiten in seinen bisherigen Steuererklärungen eine Deckung.

Preussischer Landtag.

Fortschreibung der politischen Ansprache.

Berlin, 21. Oktober.

Nach zweitägiger Unterbrechung trat der Preussische Landtag wieder zusammen. Abgeordneter Dr. von Kries spricht bei Eröffnung der Sitzung, während sich die Abgeordneten von ihren Plätzen erheben, den Hinterbliebenen der Opfer des neuen Grubenunglücks im Ruhrgebiet das herzliche Beileid des Landtags aus und wünscht den Verletzten baldige Genesung. Der Leiter des Preussischen Grubenberufsamtes, Ministerialrat Kothler, erklärt, daß das Grubenunglück auf eine Schlagwetterexplosion zurückzuführen sei. Die Sündensurkunde habe noch nicht festgestellt werden können.

Es folgen die Schlussparole zu der am Freitag abgeschlossenen politischen Ansprache der die Militäransprüche gegen die Staatsregierung um, zugrunde liegen.

Abg. Steuer (DnA).

legt sich mit dem Wortlaut des sozialdemokratischen Abg. Haas in der Ansprache auseinander, daß die Sozialdemokraten für separatistische Liebrichte im Rheinland mitverantwortlich seien. Haas habe trotz ausdrücklicher und wiederholter Aufforderung keine Namen nennen können. Sein unerhörtes Verhalten richte sich als selbst. Bemerkenswert ist aber die Feststellung dieses hohen sozialdemokratischen Staatsfunktionärs, daß es Zentrumspolitik gegeben habe, die „aus dem deutschen Staatsverband herauszumüllen glauben“. Die Erklärung des Zentrumsehers, seine Partei werde keine Regierung der Rechten unterstützen, sei als Starkeinstellung zu begrüßen. Die nationale Opposition werde sich bei den Neuaufheben eine Lage schaffen müssen, in der sie nicht von dem guten Willen des Zentrums abhängig sei.

Abg. Dr. Bock (DVP).

beantwortet ausführlich nochmals den Antrag seiner Fraktion, die preussische Nothilfeordnung durch den Landtag nachprüfen und ändern zu lassen.

Abg. Grefler (Staatsp.).

erörtert die feinerzeitige Fürstenabfindung. Die Verträge entsprächen nicht mehr der heutigen Leistungsfähigkeit des Staates.

Damit ist die politische Debatte erledigt. Die Abstimmungen finden am Donnerstag statt.

Es folgt die Beratung eines kommunalpolitischen Antrages auf Einleitung eines Untersuchungsanspruches für die Nachprüfung der Verhältnisse in den Fürstentümern.

Nach einer längeren Debatte, nach der der kommunalpolitische Antrag abgelehnt wird, bringt Abg. Ocker (Soz.) eine große Anfrage seiner Freunde zum Grubenunglück auf Zeche „Mont Cenis“, in, worin davon gesprochen wird, daß auf dieser Zeche ein Sicherheitsmaßnahmen außer acht lassen des Antriebsriemens gerichtet habe. Wohl aber habe die Beschäftigten Geld für den Stahlhelm übrig gehabt. (Hört! Hört! links). Der Redner beantragt, die Anfrage ohne Aussprache der Ausschüßberatung zu überweisen. Abg. Schwert (Komm.) widerspricht der sofortigen Ausschüßüberweisung. Diese kann daher nicht erfolgen. Die Sozialdemokraten erklären sich bereit, daß die Anfrage mit den anderen zum Bergwerksamt eingebrachten Anträgen und Anfragen verbunden wird.

Gegen 18 Uhr verläßt sich das Haus am Mittwoch, 12 Uhr: Aussprache über das Grubenunglück und kleine Vorlagen.

Der Fehlbetrag bei den Kommunen.

Das Reich soll entlasten.

Berlin, 21. Oktober.

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände hielt im Berliner Stadthaus eine Besprechung über die kommunale Finanzlage ab. Der Präsident des Deutschen Städtebundes, Dr. Müller, ging aus von dem ungeheuren Fehlbetrag der Gemeinden und Gemeindeverbände nach der Zahlungstrafe im Juli dieses Jahres, den man für das Rechnungsjahr 1931/32 auf 800 Millionen RM berechnet habe.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände erwarten auf das bestimmte die ungelagte Entlastung ihrer Finanzen, die nur vom Reich aus geschehen kann. Für den Deutschen Landreichtag sprach dessen Präsident, Dr. von Stempel, der hier eingehend die Verhältnisse in den ländlichen Bezirkskörpersorganen darlegte. Die steigenden Ausgaben und sinkenden Einnahmen hätten zur Folge, daß die Landkreise die für sie noch verfügbaren Mittel auf die

Verzögerung der Wohlfahrtsverbandslohn

konzentrieren müßten. Obwohl vieler harten Notwendigkeit die übrigen Aufgaben der Landkreise fast ganz zum Opfer fallen müßten, lie die Finanzände immer noch zu kurz. Alle

Veranstaltungen müßten bei der einen dringlichen Aufgabe zu sammenwirken, die Wohlfahrtsverbandslohn am Leben zu erhalten.

Der Präsident des Deutschen Landgemeindeganges, Landrat a. D. Dr. Gesele, Mitglied des Reichstags, wies darauf hin, daß die Notlage der Landgemeinden noch wesentlich dadurch verschärft würde, daß die Steuerkraft ganz besonders auf dem Lande in den letzten Jahren in einem erschreckenden Maße zurückgegangen sei.

Minderung der Lehrerausbildung.

Doch Schließung der pädagogischen Lehrereakademien?

Berlin, 21. Oktober.

Der Plan, die pädagogischen Akademien aus Sparmaßnahmen zu schließen, scheint nun größere Gehalt angenommen zu haben. Es handelt sich dabei um ein Projekt, das vom preussischen Finanzministerium ausgeht, aber nicht nur den Widerstand des Kultusministeriums und der Kirchenbehörden, sondern auch anderer weitgehend interessierter Kreise gefunden habe, die in der Schließung der Akademien eine Verminderung der Volksschullehrerausbildung erblicken.

In der Angelegenheit fand eine Aussprache zwischen dem Kultusminister Gröner und dem stellvertretenden Finanzminister Schreiber statt. Die Abkehr vom ursprünglichen Plan für mehrere Jahre völlig zu schließen, dürfte nicht vorerwidert werden.

Kirche gegen Senkung der Lehrerbildung.

Der evangelische Oberkirchenrat der Altpreussischen Kirche hat in einem Schreiben an den Kultusminister die bringende Bitte ausgesprochen, der Minister möge sich gegen eine Senkung der Schulpflicht der Volksschullehrerbildung einlegen und gleichzeitig dafür Sorge tragen, daß bei der Durchführung von Sparmaßnahmen den evangelischen Interessen insoweit Rechnung getragen werde, insbesondere bei der Fall, daß durch die Sparmaßnahmen personelle Veränderungen bei den Lehrkörpern der Akademien veranlaßt werden.

Wegen Unfähigkeit . . .

Der gesamte Krankentassenverband zwangsversteuert.

Breslau, 21. Oktober.

Auf Anordnung des Volkswohlfahrtsamts hat das Versicherungsamt der Stadt Breslau den gesamten Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Breslau in Urlaub geschickt und die Geschäftsführung dem Leiter der kommunalen Betriebskrankenkasse übertragen.

Nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamtes kann nur in einem Falle das leistungswirtschaftliche Rassenorgan ganz ausgeschaltet werden: wenn nämlich kein gemeinsames Verhalten zu der weiteren Geschäftsführung unfähig oder ungeeignet erweisen läßt. Dieser Fall werde höchstwahrscheinlich einer Verweigerung, die obliegenden Geschäfte auszuführen, gleichgesetzt und liege auch offenbar der jetzigen Anordnung des Breslauer Versicherungsamtes zugrunde.

Eine gewaltige Rundgebung.

Das nationalsozialistische Treffen in Braunschweig.

Braunschweig, 20. Oktober.

Der Aufmarsch der SA in Braunschweig war die gewaltigste Rundgebung, die die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei bisher vollbracht hat.

Der Vorbemerkung am Schloßplatz dauerte 6 Stunden und 10 Minuten. Die Teilnehmerzahl betrug 104.000.

Abends hielt Adolf Hitler in der vollbesetzten Stadthalle eine Rede, in der er ausführte, der Reichstangler habe in keiner letzten Rede im Reichstag überleben, daß neben der Bildung zu leben liegende, eine dritte Front bestünde, die nationalsozialistische, die 12 bis 15 Millionen seien heute innerlich überzeugt, daß die Lösung der deutschen Frage aus dieser Kraft allein heraus Wirklichkeit werden könne. Die Nationalsozialisten wollten, daß das deutsche Volk gefragt werde um seinen Willen und seine Meinung. Aber man scheue sich davon. Heute seien 100.000 marschiert, in wenigen Jahren würden Millionen so marschieren. Es marschierte heute das junge Deutschland.

Seine Regierung sei imstande, noch heute auf morgen dem deutschen Volk ein glänzendes Leben zu verschaffen. Aber man müsse verhindern, das Volk dahin zu führen, daß eine Befreiung seiner Ege in Aussicht liege.

Die nationalsozialistische Fahne sei das Symbol der Einheit des deutschen Volkes in der Zukunft, bis die Stunde komme, wo die Fahne der nationalsozialistischen Opposition zur Fahne des neuen Deutschen Reiches gemorden sei. Die Rede wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

2 Tote und 50 bis 60 Verletzte.

Bei den Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und deren politischen Gegnern am Anfang des SA-Treffens haben insgesamt 50 bis 60 Beilegung Verletzungen erlitten, von denen einige schwerer Natur sind. Zahlreiche Personen wurden vorübergehend festgenommen, fünf oder sechs von

ihnen werden dem Amtsgericht vorgeführt werden. Bei Zusammenstößen am Radeinfuß und in der Langen Straße wurden viele Fenster zertrümmert.

Ein Arbeiter, der einen Bauchschuß erhalten hatte, ist in der Nacht im Krankenhaus gestorben. Damit haben die Zusammenstöße bisher insgesamt zwei Todesopfer gefordert.

Zimmer noch Zusammenstöße.

Die politischen Zwischenfälle legten sich auch am Montag noch fort. Es kam wiederholt zu Zusammenstößen zwischen abtreibenden Nationalsozialisten und Gegnern, bei denen die Schutzpolizei zum Einschreiten gezwungen war. Von ernstlichen Verletzungen am Montag ist bisher jedoch nichts bekannt geworden.

Die Vorgänge in Braunschweig.

Bericht des Garnisonältesten.

Berlin, 21. Oktober.

Reichsinnenminister Greener hat, um völlig unparteiischen Urteil über die Vorgänge in Braunschweig zu gewinnen, den Garnisonältesten von Braunschweig, Oberst Geper, nach Berlin zur Berichterstattung kommen lassen. Der von Oberst Geper erstattete Bericht betraf u. a. „Der Aufmarsch der Nationalsozialisten kündigte sich bereits mehrere Tage vor dem 17. Oktober durch häufiges Auftreten der Braunschweiger auf den Straßen und durch Plakate an den Anschlagstellen und Zeitungsartikeln an. Dadurch entstand von vornherein bei der ohnehins gereizten Stimmung in Braunschweig eine gesteigerte Spannung. Da bei mir Genüßliche bestand, daß die Polizei unter allen Umständen Herr der Lage bleiben würde, waren militärische Vorichtsmaßnahmen besonderer Art nicht getroffen worden.“

Sie erschienen auch jetzt nicht nötig, obwohl bekannt wurde, daß auch die Gegner der Nationalsozialisten Zugang zu außen erhalten hatten und daß bereits Schlägereien mit Verletzungen eingetreten waren. In der Tat wurden mir ernstliche Zwischenfälle von niemand berichtet. Sämtliche Veranstaltungen verliefen außerordentlich disziplinär.“

Auf der einen Seite, nicht von den Nationalsozialisten, wurde teilweise das Plakat aufgerissen, um seine Wirkung zu gewinnen. Auf der anderen Seite, von Nationalsozialisten, wurden die Plakate teilweise zerstört, um die Wirkung zu mindern. Die Plakate wurden teilweise zerstört, um die Wirkung zu mindern. Die Plakate wurden teilweise zerstört, um die Wirkung zu mindern.

Der Reichsinnenminister hat bekanntlich auch von der braunschweigischen Regierung einen Bericht angefordert, der in Kürze zu erwarten ist. Der Minister wird diesen Bericht noch abwarten und behält sich bis dahin seine Entscheidung vor.

Ein Arzt für 600 Versicherte.

Neuregelung der Beziehungen.

Berlin, 20. Oktober.

In den letzten Tagen verbanden die Spitzenverbände der Ärzte und Krankenkassen im Reichsarbeitsministerium über die Neuregelung des Kassenzustandes. Es wurden Grundzüge hierfür aufgestellt. Die Verbände haben sich eine Übergangsfrist bis zum 7. November 1931 vorbehalten.

Die Grundzüge lauten bei Sicherstellung einer ausreichenden und zweckdienlichen ärztlichen Versorgung der Versicherten einen g e r e c h t e n A u s g l e i c h der jahrzehntelangen Gegensätze zwischen Ärzten und Krankenkassen. Sie pauschalisieren die Aufwendungen der Kassen für die ärztliche Behandlung auf der Grundlage der Ausgaben des Jahres 1930 unter Berücksichtigung eines Abwages von 6 bis 20 Prozent und schaffen damit die Voraussetzung für eine befriedigende Regelung der Jungarztfrage.

Während bisher für die Zulassung der Ärzte das Verzeichnis I Arzt zu 1000 Versicherten galt, soll nunmehr die Zulassung sich auf 600 Versicherte erhöhen. Die Streitigkeiten im Arzt- und Honorarwesen werden damit beseitigt. Das Kassenzustände honorar verteilt die ärztliche Vereinigung. Aus der Regelung ergibt sich eine weitgehende Vereinigung der gesamten Kassenzustände und ein starker Abbau der bisherigen schiedsamlichen Tätigkeit.

Der italienische Besuch.

Grandi am 25. Oktober in Berlin.

Berlin, 20. Oktober.

Reichsminister Dr. Brüning hat durch den deutschen Botschafter Dr. von Schubert dem Chef der italienischen Delegation, Mussolini, und dem Minister des Auswärtigen, Grandi, die Einladung zu einem Besuch in Berlin übermitteln lassen.

Der Chef der italienischen Regierung hat Reichsminister Dr. Brüning für die freundliche Einladung seinen herzlichsten Dank ausgesprochen und ihm mitgeteilt, daß er, indem er sich vorbehaltlich, seinen Besuch zu einem anderen Zeitpunkt zu erwidern, den Ministern des Auswärtigen mit seiner Vertretung beauftragt.

Als Zeitpunkt für den Besuch des Ministers Grandi in Berlin ist der 25. und 26. Oktober vereinbart worden. Grandi wird von seiner Gemahlin und einigen Beamten des Ministeriums des Auswärtigen begleitet sein.

Der Wahlkampf in England.

Man rechnet mit Lebereräufungen.

London, 21. Oktober.

Am 27. Oktober wird das englische Parlament neu gewählt. Der Wahlkampf, der bisher sehr ruhig geführt wurde, beginnt sich zu verheizen. Was ihn allerdings in fast sämtlichen Wahlkreisen wesentlich dämpft, ist die Ungefährheit in der Stellung der bürgerlichen Parteien zur Zollfrage.

Während die Arbeiterpartei in dieser Frage ihre Parolen eindeutig und mit großer Schärfe vertritt, vermeiden es sowohl MacDonnald wie die Konserverativen und die Liberalen, sich festzulagern.

Die Polemik zwischen den beiden liberalen Gruppen ist zwar gelegentlich sehr erhitert, aber auch sie geht um den kritischen Punkt herum, und die Konserverativen halten sich offenbar aus der Leberlegung zurück, daß sie in der künftigen nationalen Regierung schon in der Lage sein werden, MacDonald auf den Weg zu drängen, auf dem sie ihrem Ziele eines starken Schutzzolls zustreben. So, wie der Wahlkampf sich in einer derartig einschneidenden Frage gemischelt im Rebell abspielt, so sind auch die Ausschüsse der Kandidaturen noch durchaus verhalten, und es kann an dem Wahltage selbst zu großen Lebereräufungen kommen. Die bürgerliche Mehrheit ist sicher, aber ihre innere Geschlossenheit ist durchaus fragwürdig.

Japanisches Einlenken.

Erste Wirkungen der amerikanischen Aktion.

Genf, 21. Oktober.

Die Tatsachen bestätigen, daß der praktisch fühlbar werdende Druck der amerikanischen Politik in dem Mandchurienkonflikt bessere Wirkung tut als die sehr eindringlichen, aber eben doch rein moralischen Verurteilungen des Völkerbundesrats im Fernen Osten den Frieden zu sichern.

Wie aus Washington gemeldet wird, hat der japanische Botschafter in der Mandchurienkammer erklärt, daß Japan seine Bedenken gegen die Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Aktion des Völkerbundesrats zurückziehe, und wenn bei dieser Gelegenheit auch grundsätzlich die japanischen Bedenken gegen die Zulässigkeit einer solchen Aktion aufrechterhalten werden sind, so zeigen doch die jüngsten Vorgänge in der Mandchurien, daß auch die japanischen Militärs es für klüger halten, gewisse Konzeptionen zu machen.

So kann die Regierung in Tokio darauf hinweisen, daß die Truppenzahl in der Mandchurien verringert worden ist, daß vor allen Dingen die Flugformationen, die durch ihre Bombenangriffe nicht nur großen Schaden angerichtet, sondern auch die Erregung der chinesischen Bevölkerung außerordentlich gesteigert hatten, zurückgezogen worden sind, und man darf hoffen, daß diesem ersten Einlenken weitere Schritte Japans folgen werden, die den Weg für Verhandlungen frei machen.

Japans Bedingungen für die Räumung.

Es verlaute, daß die fünf wesentlichen Punkte, auf deren prinzipieller Anerkennung durch China Japan besteht, ehe es seine Truppen aus der Mandchurien zurückziehen will, dem französischen Außenminister, dem Generalsekretär des Völkerbundes und dem amerikanischen Staatssekretär vertraulich vorgelegt wurden. Nach einer Auslassung von maßgebender Stelle sollen diese Punkte folgendes umfassen:

„Und — was hast du —“
„A, du Einziger, Geliebter — was du mir ehst mit Worten auf der Grenzfrage maldest, das fand ich verächtlich, nein, noch mehr — ein Schmeichler spiel von meinen Augen — ich las noch ein anderes.“
„Was, Geliebte?“
„Deine Jüde sprachen zu mir —“
„Meine Jüde?“

„Nicht im Kleinen hast du sie wiedergegeben, aber deinen Geist und deine Seele hast du hineingelegt in die Jüde des sich Emporarbeitenden. Und aus ihnen las ich mein Schicksal.“
„Ja — und dennoch kommt du —?“
„Nischen — ja!“ Sie kämpfte mit sich, bis der letzte Rest von Stolz dem geliebten Mann gegenüber schwand. Nun lenkte sie den Blick, und eine dunkle Glut färbte ihre Wangen.

„Ich fürchtete mich vor — dem Siegerbild.“
„Nicht!“
Sekundenlang standen sie stumm nebeneinander. Dann zog er sie sanft an seine Brust, legte ihren Kopf an seine Schulter und krügte ihr über das Haar.
„Hättest du diesen Blick an dem Bilde mißsen mögen, cuor mio?“

„Nein,“ antwortete sie leise, aber fest, „hat mich erzt den Wert des Mannes schätzen gelehrt, den ich liebe. So nur kann sich ein Mann den Preis eringen.“
„Und ich habe ihn erungen — hier ist er in meinen Armen,“ fiel er jubelnd ein.
„Und der andere?“ fragte sie glücklich lächelnd.
„Welchen?“
„Den Preis, den du dir in der Kunst errangst — der Sohn hat den Vater — überflügelt.“
„Ja — ist das deiner Liebe Urteil?“
„Du selbst sprichst mit einer Kunstverständnis zu —“

1. Gegenseitige Zusage als Garantie der gegenseitigen territorialen Unverletzlichkeit.
2. Alle Formen der antijapanischen Bewegung einschließlich des Boykotts sind für immer auszuschließen.
3. Eine Zusage für die Sicherheit von Leben und Eigentum der Japaner.
4. Für die mit japanischem Gelde gebaute Eisenbahn ist eine Zusage zu leisten, und die bestehenden Verträge über Eisenbahnbau in der Mandchurien sind anzuerkennen.
5. Die bestehenden Vertragsrechte einschließlich der japanischen Landbesitzungen in der Mandchurien sind anzuerkennen.

Das Programm für Washington.

Sicherheit und Abrüstung. — Reparationen. — Währungsfrage.

Paris, 20. Oktober.

Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas ruft von Bord der „Isle de France“ eine offenbar beeinflusste Meldung, in der es heißt: Hinsichtlich des Sicherheits- und Abrüstungsproblems ist Frankreich bereit, weitere Rüstungsüberlegungen vorzunehmen, wenn im Austausch dafür „präzise Verpflichtungen“ für gegenseitige Hilfeleistung im Falle eines Angriffs“ eingegangen werden. Nach dieser Richtung scheint sich ein Fortschritt in der Auffassung der amerikanischen Kreise anzubahnen, die jetzt geneigt sind, den Kellogg-Pakt durch einen Konventionspakt zu verdrängen.

Jedenfalls wird Ministerpräsident Caenac sich bemühen, nicht den geringsten Bruchteil der nationalen Sicherheit zu opfern.

Schulden und Reparationen.

Präsident Hoover hat bereits angekündigt, daß er wegen der Lage Deutschlands und der Weltkrise eine Herabsetzung der Schulden plane. Der Vertreter Frankreichs würde jedem Vorschlag zustimmen, der Frankreich wenigstens teilweise eine „positive Reparationsbilanz“ beschafft.

Zweck Erleichterung der Regelung könnte man namentlich auf Sicherstellungen zurückgreifen, die dazu beitragen würden, die Arbeitslosigkeit in Deutschland und Frankreich durch Ausführung des von der Regierung bereits angenommenen Programms großer öffentlicher Arbeiten zu vermindern.

Auf diese Weise könnten die gegenwärtig in Deutschland festgelegten kurzfristigen Kredite leichter freigegeben werden.

America soll angeblich beabsichtigen, die deutschen Zinszahlungen nach Ablauf des Feierjahres auf 50 Millionen Dollar jährlich (rund 210 Millionen RM) herabzusetzen.

Währungsfrage.

Bezüglich der Währungsfrage hat Präsident Hoover bereits die Gewissheit erhalten, daß Ministerpräsident Caenac günstig eingestellt ist.

Das zwischen der Bank von Frankreich und der Federal Reserve Bank über die Aufrechterhaltung der Guthaben der Bank von Frankreich in New York liegen abgeklärte Abkommen ist nach dieser Richtung hinreichend bestimmt.

Die beiden Regierungen werden sicher gemeinsame Maßnahmen zum Schutz der Goldwährung ins Auge fassen, die die unerlässliche Grundlage jedes gelungenen Währungssystems bleibt.

Auslands-Rundschau.

Die Regelung des Handelsverkehrs mit der Schweiz.

Die schweizerisch-deutschen Besprechungen über die Regelung des gegenseitigen Handelsverkehrs wurden im Parlamentsgebäude in Bern eröffnet. Der deutsche Gesandte Dr. Müller erklärte namens der deutschen Regierung die Bereitwilligkeit zur freundschaftlichen Erörterung der bestehenden Lage und zur möglichen Prüfung von Lösungen, die diese Situation verbessern könnten. Hierauf begannen die beiden Delegationen ihre Arbeit, wobei die beiden Delegationsführer zu Beginn den Standpunkt ihrer Regierungen darlegten.

Landwirtschafts- und Arbeitslosenunterstützung.

Der bairische Senat (Landtag) hat mit den Stimmen der Linken die Gesetzesvorlagen über die Arbeitslosenunterstützung und einseitige Hilfe für Arbeitslose angenommen. Die Gesetze sind damit vom bairischen Reichstag erlassen und wurden bereits vom König unterzeichnet.

Zur Höhe

Roman von Elisabeth Borchert

Schlaf. Nachdruck verboten.
„Ich bleibe bei dir mein Leben lang — ich gehe mit dir, wohin du willst.“
„Das wird nicht allzu weit sein, cuor mio.“
„Wie das?“
Er lachte, „Berlin wird deine Heimat bleiben.“
„Wittorio, du irrst dich.“
„Ich spreche im Ernst.“

„Aber bedenke doch, die Schnuld nach deinem Vaterlande, das du lieb hast, wird dich übermannen; sie wird stärker sein als alles andere — du wirst dich nicht glücklich im fremden Lande fühlen.“
„Fremd? Deutschland, Berlin ist mir nicht fremd — es ist mir ans Herz gewachsen, wie mein eigenes Vaterland. Wohl liebe ich in ihm meine Stätten aller Art: es gab mir Leben, Sprache, Sitte und den frohen, heiteren Sinn, auch wird die Schnuld mich oft hindern, und ich weiß, daß mein Weib stets bereit sein wird, mir dahin zu folgen. Meinen händigen Wohnsitz muß ich aber in Deutschland aufschlagen, denn Deutschland hat mit mehr: den Glauben an die idealen Güter des Lebens, den ich bereits verloren habe, es lehre mich den Segen der Arbeit schätzen, es gab mir meine Kunst wieder und — es gab mir den höchsten und kostbarsten Schatz — dich, Fürchte ich, daß ich dir ein Opfer bringen will?“

„Nein, mein Güter, mein Lieber! Du gehst in das Land, das dir zur ersten Ernte auf der Leiter des Ruhmes verfallt.“
„Ja — du hast sie doch gesehen?“
„Die Netzerin? Wie konnte mir verdorben bleiben, wovon eine Weisheit voll ist?“

daraus habe ich mir das Urteil gebildet, und du weißt es auch bald aus anderem Munde hören, sobald du dein Pseudonym löstest.“
„Sollte es süßen?“
„Ja, unter allen Umständen, denn du wirst noch Größeres schaffen.“

„Sollst du mir darum ringen. In deiner Seele schweben mir die Wege nicht mehr teil und uneben. Wir gehen ja zusammen, jeder in seiner Kunst, einer dem anderen helfend, fördernd, ergänzend.“
„So soll es allezeit sein!“ erwiderte sie und drückte ihm die Hand.

Wardini machte eine Wendung, so daß sie den See vor sich hatten.
„Sieh, wie die Sonne über dem Lago Maggiore strahlt, und die Jola Bella daraus aufsteigt wie ein Mädchen, umschlungen von den blauen Fluten — so halte ich dich umschlungen, Jolanda, du mein Mädchen und doch bezaubernde Wirklichkeit — habe ich dich fast für das Leben. Das Bild der Netzerin aber, das uns endlich vereinigt hat, das soll mir nicht fehlen um alle Schritte der Welt, mag man mit auch fernher Ankommen dafür bieten. In unlerem künftigen Heim wollen wir es ausstellen, und wenn je dunkle Nächte über uns kommen, wenn wir je einen Schritt in die Tiefe zurück tun sollten, so wollen wir es zusammen anschauen und uns retten lassen — zur Höhe.“

Ende.
Sinnbild.

Halt', was du verheißt, Verheißung, was du weißt, hab' mehr, als du leihst, Sei wachsam im Geiste, So findst du den Stein Der Weisen allein.

Der erste Obermeisterstag des Müllerinnungsverbandes von Sachsen-Anhalt beschloß in Magdeburg, den Lohntarif mit dem Nahrungs- und Getreidearbeiterverband zum 31. Dezember d. J. zu kündigen und niedrigere Lohnsätze zu vereinbaren.

Reinhold Wulle:

„Die Sendung des Nordens,

der Sinn des deutschen Freiheitskampfes“.

228 Seiten, Preis Steindruck 2,85 M. Verlag: R. F. Koehler G. m. b. H., Leipzig, Vorrätig in der Buchhandlung Richard Arnold, Kemberg

Grubenkatastrophe in Herne.

9 Tote, 27 Verletzte.

Herne, 20. Oktober.

In der Fröhschicht gegen 8.30 Uhr ereignete sich an der Zeche Mont Cenis im Revier 5 der westlichen Abteilung auf der fünften Sohle, Flöz A, eine Explosion. Der Umfang des Unglücks ist noch nicht genau zu übersehen. Die Rettungsgruppen von den Zechen Rheintelte, Constanin, Erin, Shamrod sowie der Leiter der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen, Bergassistent Dr. Fortmann, sind zur Hilfeleistung eingetroffen und eingeschifft, außerdem Mitglieder der Direction und des Bergreviers.

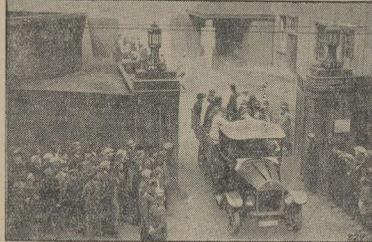
Die Nachrichten von dem Unfall auf Zeche Mont Cenis verbreiteten sich rasch. Die Straßen zur Zeche und der Zecheneingänge waren in kurzer Zeit von Menschen dicht umflutet, die besorgt das Ausfahren der Sanitätswagen, die die Opfer der Katastrophe fortzuschaffen, beobachteten. Auf dem Zechenplatz arbeiten die Rettungsmannschaften mit aller Energie. Ein Opfer nach dem anderen, verbrannt und mit schweren Wunden, wird von den tapferen Helfern zu Tage gebracht.

Um 11.30 Uhr bringen ausführende Rettungsmannschaften die Nachricht, daß das ganze Revier besetzt sei und mit weiteren Opfern nicht mehr zu rechnen sei. Die Gesamtzahl der Opfer beträgt 9 Tote und 27 Verletzte. Jegendeine weitere Gefahr für die Rettungsmannschaften, die zum geringen Teil noch unter Tage sind, und für die Grube besteht nicht.

Die Unfallstätte wird von der Bergbaubehörde befreit. Ob es sich um Kohlenstauberstosung oder Schlag-

wettererploßion handelt, ist noch nicht genau festgestellt.

Ein getreteter Bergmann, der mit der Belegschaft auf Zeche Mont Cenis eingeschifft war, erzählte, daß er auf der fünften Sohle gearbeitet habe, als ein geringfügiger Schlag erfolgte. Zunächst habe man vermutet, daß es sich um einen leichten Gebirgschlag handle, bis man plötzlich Rauchschwaden festgestellt habe. Die Bergleute hätten sich zum großen Teil durch den Schuß retten können. Auf dem Zechenplatz ist schon wieder das gewohnte Bild, die Mittagschicht ist bereits eingeschifft.



Zur Katastrophe auf Zeche „Mont Cenis“. Angehörige und Arbeitskollegen der auf Zeche „Mont Cenis“ verunglückten Bergleute warteten hundenslang vor den Toren der Grube auf Nachrichten. Ein Lastwagen befördert Gerettete aus dem Grubenlof.

Preussische Notverordnung und Kündigungsbesch.

Die verhängsten Notverordnungen des Reiches und der Länder hinsichtlich der Personalrats bedingen teilweise Kündigungen mit dem Ziele der Entlastung, zum anderen Rechte aus den Tarifverträgen der Angestellten und Arbeiter. Große Rechtsunsicherheit ist nun darüber entstanden, mit welchen Fristen die Kündigungen erfolgen können. Für Preußen ist die Sachlage geklärt worden durch ein Schreiben des preussischen Innenministers Seering an einen Berufsverband, der sich über die Nichtbeachtung der gesetzlichen und tariflichen Kündigungsfristen beklagte. Es lautet: „Auf die bei mir mündlich erhobenen Vorstellungen . . .

ermidere ich ergeben, daß die bei der Auslegung des § 1 Absatz 2 Kap. I, 4. Teil der preussischen Sparverordnung entstandenen Zweifel alsbald in einem Erlaß dahin geklärt werden, daß Einzelverträge, soweit ihr Inhalt auf Tarifverträgen beruht, zum Zwecke der Veränderung der Bezüge nicht, und zum Zwecke der Entlastung nur mit den tariflichen Fristen oder, falls gesetzlich bindende Fristen (Kündigungsfristvorschriften) gegeben sind, nur mit Annehaltung dieser Fristen gekündigt werden können.“

Küße, die ich nicht vergessen kann — Der Pfad der Schönheit — Wie ich ein Sonderling wurde — Der Atem am Schwelwege — Die Pfad der Schönheit und andere passende und erschütternde Lebensromane, aufgezeichnet von Menschen aus aller Welt, bringt der schon erschienenen Band 37 der berühmten Zeitschrift „Wahre Romane“ Verlag Dr. Seltz-Böcherer V. G., Berlin (S. 38, 68). Das reich illustrierte Heft ist für 50 Pfg. überall zu haben.

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 19. Oktober.

Art	Klasse heute		Klasse vorher	
	1	2	1	2
Ochsen	1	38-41	1	47-50
	2	34-37	2	44-48-50
	3	30-33	3	43-46-47-48
	4	—	4	38-42-40-43
	5	—	5	32-37
Kühe	1	30-35	1	35-38
	2	30-32	2	35-38
	3	26-29	3	30-34
	4	—	4	—
Schafe	1	33-36	1	35-38
	2	30-32	2	35-38
Ziegen	1	22-25	1	28-30
	2	20-22	2	28-30
Ferkel	1	5	1	5
	2	34-36	2	38-40-45-48

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich). Getreide und Mehlwaren per 1000 Kilo, samt per 100 Kilo in Weichmehl ab Station: Weizen Markt, 211-214 (am 19. 10.: 212-215). Roggen Markt, 137-137 (136-138). Braugerste 160-172 (160 bis 172). Futter- und Futtergerste 152-160 (152-160). Soja Markt, 137-146 (139-147). Weizenmehl 27,25 bis 32,25 (27,25-32,25). Roggenmehl 26,15-28,65 (26,25-28,75). Weizenkleie 3,90-10,10 (3,90-10,10). Roggenkleie 9,10-9,30 (9,10-9,30). Futtererbsen 20 bis 27 (20-27). Leinsamen 13,20-13,40 (13,20-13,40). Zrodenschmelz 6 (6). Sojabohnen 11,20-11,80 (11-11,60).

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen am

17. Dezember 1931, 10 Uhr

an Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 3 versteigert werden das im Grundbuch von Trebig Band 8 Artikel 118 (eingetragener Eigentümer: der Kaufmann Rudolf Krienitz in Wittenberg) eingetragenen Grundstücke

1. Gemarkung Trebig, Kartenbl. 3 Parzelle 636 Hausberg Nr. 176 Hofraum ufm. 20,63 ar Größe, 135 Mq Reinertrag
2. Gemarkung Trebig, Kartenbl. 3, Parzelle 50, 64, 65, Heintzche, Acker, Weide, 41,70 ar Größe, Reinertrag 3,48 Tl. Gebäudeteuerrolle Nr. 129, Grundteuermutterrolle Art. 8 Kemberg, den 19. Oktober 1931.

Amtsgericht

Täglich frisch und billig:

— Junge grüne Bohnen, Spinat und Kopfsalat. —

Blumen-	Kohl	Weintrauben
Rosen-		Pfirsiche
Rot-		Bananen
Weiss-		Zitronen
Wirsing-		Erdnüsse

Mohrrüben, Kohlrüben, Sellerie, Suppengrün, Zwiebeln, Knoblauch sowie sämtl. Fischmarinaden, pa. Vollfettbücklinge bei

Otto Quinte, Kreuzstraße 15

Offiziere, der wirtschaftlichen Lage Rechnung tragend, zu bedeutend herabgesetzten Preisen in prima Qualitäten sämtliche Sorten

Obstbäume

Apfel, Birnen, Süßkirchen, Schattenmorellen, Pfämen in Hochst., Halb- und Busch-, Obstschiffchen, Nisario etc. unter Garantie der Sortenechtheit, feiner Hochst., Stachel- und Johannisbeeren und Büsche in nur großfruchtigen Sorten, Rosen, Ziersträucher, Container und dergl. mehr

Bestellungen werden franko jeden Ortes geliefert auch frische bei größeren Aufträgen mit unverbindlichem Vertreterbesuch zur Verfügung. Neuanlagen, Anfruchtungen von Bier- und Nutzgärten ebenfalls

Gemeinden erhalten besonderen Rabatt

W. Welz, Gartenbaubetrieb u. Versandgärtnerei, Zahna (Bez. Halle) Vertreter für Beförden Fernruf 173

Volkswohl-Lotterie

für soziale und kulturelle Zwecke

Ziehung 13.-17. November 1931.

Gewinne im Werte von 330000 M.

2 Hauptgewinne Zwei: vollständig eingerichtete Landhäuser im Werte von je 50000 M.

2 Prämien Zwei Landhäuser im Werte von je 25000 M.

Auf Wunsch 90% in bar

Einzellos 1.— M. — Doppellos 2.— M.

Geldbriefe mit 5 Losen 5.— M.

„ 10 „ 10.— „

Zu haben bei

Richard Arnold, Buchhandlung, Leipziger Straße 64/65 und Markt 3

Schlachte

ein Schwein und verkaufe ab Sonnabend früh Fleisch Pfd. 75 Pfg. Wurst „ 85 „ Gebäcktes „ 90 „ Ernst Krüger, Wittenberger Straße 24

Ab heute abend frische Wurst aus Hauschlachtung Schmiedeberger Straße 22

Feinkes Speisesalz

1 Zentner 4,85 sowie sämtliche

Schlachtegewürze

äußerst billig empfiehlt Robert Dug

Schöne blühende Winter-Astern

kurze gesunde Pflanzen empfiehlt billigt

Gärtner H. Lene

Acker

oder Gartenland zu pachten gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Kaninchen

zur Zucht und zum Schlachten zu verkaufen Kofe, Rotta

Auf die

Kendener Ackerparzellen

nehme ich noch weitere Angebote entgegen

Karl Lehmann, öffentl. Versteigerer

Gold. Weintraube

Sonntag

Tanzmusik

Hotel „Blauer Hecht“

Am Sonntag, abends 8 1/2 Uhr

14 Zwei der besten Spitzenfilme in einem 14 Programm

Akte Einen unerhörten Welterfolg brachte Akte der Großfilm mit Douglas Fairbanks in

Robin Hood

Douglas Fairbanks, der gewandteste Turner, der beste Springer und Fechter, zeigt einen Film von unerhörter Pracht, in dem ein ganzes Zeitalter lebendig wird. Wir sehen den stolzen Prunk mittelalterlicher Feudalburgen, das Kampfescheit reitender Heere, das Schwirren tödlicher Pfeile und Splitters mächtiger Lanzen.

2. Der gewaltige Prunk- und Abenteuer-Film

Die Rache des Scheichs

empfehlen in reicher Auswahl Richard Arnold.

Küchenkanten

Am Sonnabend, den 24. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Schützenhaus ein

öffentl. Familienabend

der Freiwilligen Feuerwehr Kemberg statt, wozu alle Einwohner hiermit herzlich eingeladen werden.

Darbietungen: Filmvorführung (Kreisverbandesfest in Bergwitz), Vieder- und Vorträge, Vortrag mit Film und Lichtbildern über Ausdehnung des Stadtbildes durch Blumen und Farbe.

Anschließend gemüßl. Beisammensein mit Tanz. Eintritt 30 Pfennig.

Der Magistrat. Die Freiwillige Feuerwehr.

Freiw. Sanitätskolonne vom Roten Kreuz

Zug Kemberg — Bergwitz

Die Unterrichtsabende finden nicht im Stadtvorbereitungs-Sitzungssaal sondern in der Schule, Eingang Kreuzstraße statt.

Erster Unterrichtsabend Donnerstag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr

Otto Pötzsch und Frau

Mariechen geb. Krüger

danken herzlich für alle Aufmerksamkeiten zu ihrer Vermählung

Kemberg, im Oktober 1931

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages; / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt und „Ausfloriges Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Tagespappe Petitsseite oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise 10 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbegeräte unbedingt geschiebener oder durch Fernschreiber aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Taxend., zuzüglich Postgebühren. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 125

Donnerstag, den 22. Oktober 1931

33. Jahrg.

Brennholzversteigerung.

Montag, den 26. Oktober, vormittags 10 Uhr, sollen im Stadtfeld **Niemitz** **217 rm tief. Rollholz (Durchforstung)** versteigert werden. Sammelort: Waldhaus Niemitz. Bedingungen im Termin.
Kemberg, den 20. Oktober 1931.
137) **Der Magistrat.**

Groener als Innenminister.

Die Aufgaben des Reichsinnenministers. Reichsminister Groener äußerte sich über die wichtigsten Mängel, die er mit der Übernahme der Leitung des Reichsinnenministeriums des Innern verbindet. „Die Vereinfachung wichtiger staatlicher Machtmittel des Reiches in meiner Hand ist, so führte der Minister aus, heute mehr als zuvor eine Notwendigkeit, die wir zur Stärkung der Autorität des Staates und zur Erfüllung der schweren Aufgaben des Winters brauchen. Ebenso wie ich als Reichsminister gegen jeden Versuch der Volksherrschaft der Wehrmacht gekämpft habe, werde ich als Reichsminister dafür sorgen, daß die personelle Verbindung mit einem Reform, das vornehmlich politische Aufgaben zu erfüllen hat, an der überparteilichen Linie der Reichswehr nicht verändert.“

Je härter die politischen Spannungen im Innern werden, je weiler die Spaltung des Volkes in zwei Lager besteht, desto wichtiger wird die Aufgabe der Staatsführung, alle aufkommenden Kräfte zu positiver Mitarbeit heranzuziehen. Das gemeinsame Ziel erfordert aber, daß der Militär in der politischen Befähigung Schranken gezogen werden, wenn sie auf den gewaltsamen Sturz der Verfassung und auf die Vernichtung unseres Staatswesens und unserer Kultur im Volkswort gerichtet ist. Das Ansehen des Deutschen Reiches erfordert, daß Terrorakte gegen politische Gegner und blutige Auseinandersetzungen von Volksgenossen untereinander unmöglich gemacht werden. Ich werde mich nicht scheuen, zur Erfüllung dieser Aufgabe im Notfall alle draconische Ausnahmebestimmungen von Herrn Reichspräsidenten zu erbitten.“

In diesem Geiste werde ich die zur Befähigung politischer Ausschreitungen erlassenen Verordnungen handhaben. Es wird meine Aufgabe sein, die gerechte Anwendung der Bestimmungen sicherzustellen. Es muß eine Ehrenpflicht der einzelnen politischen Gruppen werden, in ihren Reihen selbst Disziplin zu halten und Ausschreitungen zu verhindern. Dann kann sich die Polizei darauf beschränken, gegen Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten vorzugehen. Dafür werde ich allerdings mit meiner ganzen Kraft sorgen, daß, wenn die Staatsgewalt einsetzt werden muß, sie auch in aller Härte durchgreift.“

Reichscuratorium für Wirtschaftlichkeit

Selbsthilfe-Siedlungen von Arbeitslosen.

Berlin, 21. Oktober.

Die Vorteile der Selbsthilfe-Siedlung liegen nach der Ansicht des Reichscuratoriums auf folgenden Gebieten: Durch Beschäftigung kann der teilselbstigen Verdien und Demoralisation der Arbeitslosen entgegengewirkt werden.

Die Durchführung der Selbsthilfe-Siedlung auf Gartenland werde es unter Einfluß der Arbeitskraft des Arbeitslosen, seiner Familie, seiner Freunde ermöglichen, den Arbeitslosen aus den Erträgen des Gartenbaues und der Kleinviehhaltung neben allen sonstigen Maßnahmen erhebliche Naturalzuschüsse für seine Lebenshaltung zuzuführen.

Da die Selbsthilfe-Siedlung in der gedachten Art als eine Nothilfe-Maßnahme und als eine vorläufige Maßnahme gedacht ist, dürfte diese Siedlung nicht zu einer Kapitalheilung großen Stils führen. Vielmehr müsse darauf gesehen werden, daß die Siedlungen nach der anzutretenden Wiederbeschäftigung der Siedler in den normalen Wirtschaftspraxis den Arbeitern als Sommerhäuser und Sommergärten erhalten bleiben können.

Verlängerte Amnestie: Zeichnungsfrist.

Steuerfreie Reichsbahn-Anleihe 1931.

Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft teilt mit: Durch die Verordnung des Reichspräsidenten über Verlängerung der Steueramnestiefrist vom 17. Oktober 1931 (RGBl. I S. 581) ist die Amnestiefrist, die mit dem 15. Oktober 1931 abgelaufen war, bis zum 26. Oktober 1931 einschließlich verlängert worden.

Die Zeichnungen auf die steuerfreie Reichsbahn-Anleihe 1931 hatten sich in den letzten Tagen in außerordentlich gehäuft, daß sie nicht bewältigt werden konnten. Auch haben sich zahlreiche Steuerpflichtige die erforderlichen Unterlagen für die Berechnung des von ihnen zu zeichnenden Betrages an Reichsbahn-Anleihe nicht fristgemäß beschaffen können.

Sonach bestehen für amnestiebedürftige Zeichner die besonderen Vorteile der steuerfreien Reichsbahn-Anleihe noch bis zum 26. Oktober 1931 einschließlich fort. Das ist

Befreiung von der Selbstanzüge, Befreiung von Steuernachzahlungen und Befreiung von Strafen. Wer also bis zum 26. Oktober 1931 einschließlich steuerfreie Reichsbahn-Anleihe zeichnet, schafft sich für einmalige Unstimmigkeiten in seinen bisherigen Steuererklärungen eine Deckung.

Preussischer Landtag.

Fortsetzung der politischen Aussprache.

Berlin, 21. Oktober.

Nach zweitägiger Unterbrechung trat der Preussische Landtag wieder zusammen. Vizepräsident Dr. von Kries spricht bei Eröffnung der Sitzung, während sich die Abgeordneten von ihren Bürgen erheben und den Hinterbliebenen der Opfer des neuen Grubenunglücks im Rheinland das herzlichste Beileid des Landtags aus und wünscht den Verletzten baldige Genesung. Der Leiter des Preussischen Grubenversicherungsamtes, Ministerialrat **Bohler**, erklärt, daß das Grubenunglück auf eine Schlagwetterexplosion zurückzuführen ist. Die Sündungsurteile habe noch nicht festgestellt werden können.

Es folgen die Schlussworte zu der am Freitag abgeschlossenen politischen Aussprache, der die Mißtrauensanträge gegen die Staatsregierung nicht zugrunde liegen.

Abg. **Steuer (DnA).**

legt sich mit dem Vorwurf des sozialdemokratischen Abg. Haas in der Aussprache auseinander, daß die Deutschnationalen für separatistische Umtriebe im Rheinland mitverantwortlich seien. Haas habe trotz ausdrücklicher und wiederholter Aufforderung keine Namen nennen können. Sein unerhörtes Verhalten richte sich also selbst. Bemerkenswert sei aber die Feststellung dieses hohen sozialdemokratischen Staatsfunktionärs, daß es Zentrumspolitiker gegeben habe, die aus dem deutschen Staatsverband herauszutreten glaubten. Die Erklärung des Zentrumserbners, seine Partei werde keine Regierung der Rechten unterstützen, sei als Starstellung zu begrüßen. Die nationale Opposition werde sich bei den Neuaufheben eine Lage schaffen müssen, in der sie nicht von dem guten Willen des Zentrums abhängig sei.

Abg. **Dr. Voelck (DVP).**

befürwortet ausführlich nochmals den Antrag seiner Fraktion, die preussische Nothverordnung durch den Landtag nachprüfen und ändern zu lassen.

Abg. **Groehler (Staatsp.)**

erörtert die feinerzeitige Fürtenabfindung. Die Verträge entsprächen nicht mehr der heutigen Leistungsfähigkeit des Staates.

Damit ist die politische Debatte erledigt. Die Abstimmungen finden am Donnerstag statt.

Es folgt die Beratung eines kommunikativen Antrages auf Einleitung eines Untersuchungsbeschusses für die Nachprüfung der Verhältnisse in den Fürstliche-Anstalten.

Nach einer längeren Debatte, nach der der kommunikativen Antrag abgelehnt wird, bringt Abg. **Oster (Soz.)** eine große Anfrage seiner Freunde zum Grubenunglück auf Zeche „Mont Cenis“ ein, worin davon gesprochen wird, daß auf dieser Zeche ein Sicherheitsmaßnahmen außer acht gelassenes Antreiberrisikem gebührt habe. Wohl aber habe die Selbsthilfe-Siedlung Wohl für den Grubenunglück

Plantagen müssen bei der einen dringlichen Aufgabe zusammenwirken, die Wohlfahrtsverbänden am Leben zu erhalten.

Der Präsident des Deutschen Landgemeinbetages, Landrat a. D. **Dr. Gerek**, Mitglied des Reichstags, wies darauf hin, daß die Notlage der Landgemeinden noch wesentlich dadurch verschärft würde, daß die Steuerkraft ganz besonders auf dem Lande in den letzten Jahren in einem erschreckenden Maße zurückgegangen sei.

Minderung der Lehrerausbildung.

Doch Schließung der pädagogischen Lehreraudemien?

Berlin, 21. Oktober.

Der Plan, die pädagogischen Akademien aus Erziehungsräten zu schließen, scheint nun größere Gestalt angenommen zu haben. Es handelt sich dabei um ein Projekt, das vom preussischen Finanzministerium ausgehen soll, aber nicht nur den Widerstand des Kultusministeriums und der Reichsbehörden, sondern auch anderer weitgehend interessierter Kreise gefunden habe, die in der Schließung der Akademien eine Verminderung der Volksschullehrerausbildung erblicken.

In der Angelegenheit fand eine Aussprache zwischen dem Kultusminister Grimme und dem stellvertretenden Finanzminister Schreiber statt. Die Wöhl, sämtliche Akademien für mehrere Jahre völlig zu schließen, dürfte nicht verteidigt werden.

Kirche gegen Senkung der Lehrerbildung.

Der evangelische Oberkirchenrat der Altpreußischen Kirche hat in einem Schreiben an den Kultusminister die bringende Bitte ausgesprochen, der Minister möge sich gegen eine Senkung der Höchstenlage der Volksschullehrerbildung einlegen und gleichzeitig dafür Sorge tragen, daß bei der Durchführung von Sparmaßnahmen den evangelischen Interessen sorgfältig Rechnung getragen werde, insbesondere für den Fall, daß durch die Sparmaßnahmen personelle Veränderungen bei den Lehrkörpern der Akademien veranlaßt werden.

Wegen Unfähigkeit . . .

Der gesamte Krankentassenvorstand zwangsversteuert.

Breslau, 21. Oktober.

Auf Anordnung des Volkswohlfahrtsamtsministers hat das Versicherungsamt der Stadt Breslau den gesamten Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Breslau in Urlaub geschickt und die Geschäftsführung dem Leiter der kommunalen Betriebskrankenkasse übertragen.

Nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamtes kann nur in einem Falle das leistungswirksame Krankenorgan ganz ausgeschaltet werden: wenn nämlich kein anderes Verhalten es zur weiteren Geschäftsführung unfähig und ungeeignet erscheinen läßt. Dieser Fall werde höchstwahrscheinlich einer „Abwanderung, die obliegenden Geschäfte auszuführen“, gleichgesetzt und liege auch offenbar der letzten Anordnung des Breslauer Versicherungsamtes zugrunde.

Eine gewalttätige Kundgebung.

Das nationalsozialistische Treffen in Braunschweig.

Braunschweig, 20. Oktober.

Der Aufmarsch der SA in Braunschweig war die gewalttätige Kundgebung, die die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei bisher vollbracht hat.

Der Vorbemarsch am Schloßplatz dauerte 6 Stunden und 10 Minuten. Die Teilnehmerzahl betrug 100 000.

Abends hielt Adolf Hitler in der vollbesetzten Stadthalle eine Rede, in der er ausführte, der Reichstangler habe in seiner letzten Rede im Reichstag übersehen, daß neben der Bildung einer Arbeitsnehmer- und einer Arbeitgeberfront, wie er sie zu legen wünsche, eine dritte Front bestünde, die nationalsozialistische. 12 bis 15 Millionen seien heute innerlich überzeugt, daß die Lösung der deutschen Frage aus dieser Kraft allein heraus Wirklichkeit werden könne. Die Nationalsozialisten wollten, daß das deutsche Volk gefragt werde um seinen Willen und seine Meinung. Aber man lehne sich nicht auf. Heute seien 100 000 marschieren, in wenigen Jahren würde Millionen so marschieren. Es marschierte heute das junge Deutschland.

Seine Regierung sei imstande, noch heute auf morgen dem deutschen Volke ein glänzendes Leben zu verschaffen. Aber man müsse verhindern, das Volk dahin zu führen, daß eine Befreiung seiner Lage in Aussicht liege.

Die nationalsozialistische Fahne sei das Symbol der Einheit des deutschen Volkes in der Zukunft, bis die Stunde komme, wo die Fahne der nationalsozialistischen Opposition zur Fahne des neuen Deutschen Reiches gemordet sei. Die Rede wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

2 Tote und 50 bis 60 Verletzte.

Bei den Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und deren politischen Gegnern am 18. und 19. Oktober haben insgesamt 50 bis 60 Beilegliche Verletzungen erlitten, von denen einige schwerer Natur sind. Zahlreiche Personen wurden vorübergehend festgenommen, fünf oder sechs von

